

STADT KITZINGEN



NIEDERSCHRIFT ÜBER DIE ÖFFENTLICHE SITZUNG DES VERWALTUNGS- UND BAUAUSSCHUSSES AM 03.12.2020

Sitzungsdatum:	Donnerstag, den 03.12.2020
Beginn:	18:10 Uhr
Ende	18:48 Uhr
Ort:	Alte Synagoge

Anwesend:

Vorsitzender

Oberbürgermeister Stefan Güntner

CSU-Stadtratsfraktion

Stadtrat Dr. Stephan Küntzer

Stadtrat Timo Markert

Stadtrat Thomas Rank

SPD-Stadtratsfraktion

Stadträtin Dr. Brigitte Endres-Paul

Stadtrat Manfred Paul

FW-FBW-Stadtratsfraktion

Stadtrat Dr. Uwe Pfeiffle

Stadtrat Tobias Volk

GRÜNE-Stadtratsfraktion

Stadtrat Klaus Sanzenbacher

ProKT-Stadtratsgruppe

Stadtrat Dirk Wittmann

UsW-Stadtratsgruppe

Stadtrat Werner May

KIK-Stadtratsgruppe

Stadtrat Klaus Christof

ÖDP-Stadtratsgruppe

Stadtrat Jens Pauluhn

Ortssprecher

Ortssprecher Dieter Pfrenzinger

Schriftführer

Verwaltungsfachwirt Herbert Müller

Berichterstatter

Stabsstelle Claudia Biebl
Verwaltungsoberinspektorin Elisa Diet-
enberger
Bauingenieur Oliver Graumann
Verwaltungsrat Ralph Hartner

Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Verwaltungs- und Bauausschusses waren ordnungsgemäß gela-
den. Von den 13 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der
Verwaltungs- und Bauausschuss ist somit beschlussfähig.
Es bestehen keine Anmerkungen gegen die Tagesordnung.

1. Genehmigung der öffentlichen Niederschrift des Verwaltungs- und Bauaus- schusses vom 12.11.2020

Oberbürgermeister Güntner verweist auf das vorliegende Protokoll und der darin ent-
haltenen Anfrage von Stadtrat Christof, über des Verfahren zum Erwerb des ehem.
Etwashäuser Bahnhof zu informieren.
Er stellt dar, dass bei diesem Grundstück kein Vorkaufsrecht bestand und die Stadt
Kitzingen damals ein Angebot in Höhe von 80.000,00 € abgegeben habe, was in der
Zuständigkeit von Oberbürgermeister Müller lag.
Stadtrat Christof äußert seinen Unmut, dass der Stadtrat bei dieser städtebaulich re-
levanten Stelle nicht beteiligt wurde.

beschlossen dafür 13 dagegen 0

Die Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Verwaltungs- und Bauausschusses
vom 12.11.2020 gilt gemäß Art. 54 Abs. 2 GO als genehmigt.

2. Klimaschutz- und Nachhaltigkeitsmanager*in für die Stadt Kitzingen Aufgaben/ Stellenbeschreibungen Vorlage: 2020/274

Oberbürgermeister Güntner leitet kurz in den Sachverhalt ein und stellt dar, dass
nach der Beschlussfassung im Stellenplan 2020 die Verwaltung zunächst den Aufga-
benbereich mit dem Landkreis abstimmen wollte, um eine konkurrierende Ausschrei-
bung zu vermeiden. Nachdem der Landkreis die Ausschreibung zunächst hintenan-
gestellt habe, möchte die Verwaltung mit dem vorliegenden Text tätig werden.
Bauamtsleiter Graumann verweist kurz auf den Sachverhalt Nr. 2020/274 sowie den
vorgesehenen Aufgabenbereich für die Stelle des Klimaschutzmanagers.

Stadtrat Pauluhn verweist auf die erhebliche Aufgabenfülle, die diesen Bereich um-
fasst. Er gibt zu bedenken, dass die Umsetzung von Projekten nicht ausreichend in
der Beschreibung aufgeführt sei. Es gehe nicht nur um die konzeptionelle Aufberei-
tung, sondern vielmehr um die Umsetzung von Projekten. Dabei verweist er auch auf
eine Vielzahl von Förderprogrammen, auf die die Arbeit sofort aufgebaut werden
könnte.

Dies müsste sich als erster Punkt in der Aufgabenbeschreibung wiederfinden.

Stadtrat Sanzenbacher unterstützt das Ansinnen von Stadtrat Pauluhn. Er stellt dar, dass es aber auch eine Beratung zu aktuellen Förderprogrammen in der Verwaltung brauche, auf die interessierte Bürger zurückgreifen können. Das Anforderungsprofil müsse nicht zwingend bei einem Hochschulabschluss liegen. Es gebe auch erfahrene Handwerksmeister, die für den Bereich brennen und insofern in Stellenprofil passen würden.

Stadträtin Dr. Endres-Paul fehlt in der Ausschreibung der Bezug zu den Bürgern und dem damit verbundenen Dienstleistungscharakter. Bei der Überarbeitung der Ausschreibung bittet sie sich am Beispiel der Stadt Flensburg zu orientieren, die in diesem Bereich sehr viele Erfahrungen haben und Erfolge vorweisen können.

Für Stadtrat Paul ist die Befristung von 3 Jahren zu gering. Seiner Auffassung nach sollte diese auf 5 Jahre erhöht werden.

Verwaltungsrat Hartner erklärt, dass der seinerzeitige Antrag der ödp auf 5 Jahre lautet, das Gremium jedoch auf 3 Jahre abgeändert habe. Eine Änderung dessen müsste wieder vom Stadtrat beschlossen werden.

Aufgrund weiterer Wortmeldungen nimmt Oberbürgermeister Güntner die Angelegenheit von der Tagesordnung und sagt zu, die angeregten Punkte einzuarbeiten, so dass dann der Beschluss in einer der nächsten Stadtratssitzungen gefasst werden könne.

Bauamtsleiter Graumann verweist abschließend auf die Aufgabenbeschreiben, in der die Umsetzung von Projekten auch benannt sei. Er sehe es jedoch die konzeptionelle Aufarbeitung als wichtigsten Punkte an, weshalb dieser zu Beginn benannt ist.

Ohne Abstimmung

Nach Einarbeitung der benannten Punkte wird die Ausschreibung dem Stadtrat zur Entscheidung vorgelegt.

3. Straßenbeleuchtungsunterhalt, Ersatzbeschaffung eines Hubsteigers Vorlage: 2020/255

Oberbürgermeister Güntner weist darauf hin, dass der Tagesordnungspunkt abgesetzt werde. Es müsse zunächst die vertragliche Grundlage mit der LKW geschaffen werden, um die in der Vergangenheit gängige Praxis umsetzen zu können. Dies wird zur Kenntnis genommen.

abgesetzt

4. Sonstiges

4.1. Information von Oberbürgermeister Güntner Autarke Energieversorgung Baugebiet Hammerstielweg

Oberbürgermeister Güntner informiert im Nachgang zur Anfrage in der letzten Sitzung des Verwaltungs- und Bauausschusses darüber, dass die Festlegung einer bestimmten Form der Energieversorgung nicht als Vergabekriterium dienen dürfe. Eine derartige Regelung müsse bereits bei der Aufstellung des Bebauungsplans aufgenommen werden.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

4.2. Anfrage von Stadtrat Dr. Pfeiffle Behandlung von abzulehnenden Bauanträgen

Stadtrat Dr. Pfeiffle verweist auf eine Bauangelegenheit, die die Verwaltung ablehnend einordnete und den Bauwerber sogar aufgefordert habe, den Antrag zurückzuziehen. Er bittet, derartige Anträge im politischen Gremium zu behandeln, um darüber informiert zu sein und ggf. gegensteuern zu können.

Oberbürgermeister Güntner gibt zu bedenken, dass die Bauordnung eine Ablehnung aufgrund der aktuellen Rechtslage vornehme. Selbst wenn das Gremium einen anderslautenden Beschluss fassen sollte, müsse er diesen Beschluss von der Rechtsaufsicht überprüfen lassen.

Stadtrat Rank plädiert ebenfalls dafür, über strittige Bauvorhaben informiert zu werden, nachdem dann immer noch die Chance bestehe, gemeinsam mit dem Bauwerber zu einem Kompromiss zu gelangen.

Oberbürgermeister Güntner verweist auf die anstehende Änderung der Geschäftsordnung, bei der diese Frage ebenfalls beantragt wurde und bei einer entsprechenden Beschlussfassung in der Sitzung am 10.12.202 die Verwaltung über abzulehnende Anträge in Zukunft informieren würde.

Oberbürgermeister Stefan Güntner schließt die öffentliche Sitzung um 18:48 Uhr.

Vorsitz

Schriftführung

Stefan Güntner
Oberbürgermeister

Herbert Müller
Verwaltungsfachwirt